

Reinhard J. Voß

Vortrag in München am 8.5.2002

„Visionen brauchen Fahrpläne“(Ernst Bloch). Wege der Gewaltfreiheit in Zeiten des Terrors

0. Die Fanale der Gewalt von Nahost bis Erfurt

tagesaktuell und frei beginnen

1. Das Dilemma der Gewaltfreiheit angesichts von Not, Unterdrückung Unfreiheit und Gewalt

Die zugespitzteste Form des Dilemmas der Gewaltfreiheit ist die Frage, ob „Krieg für Menschenrechte“ geführt werden darf – oder pragmatischer und mit den Worten des ÖRK ausgedrückt: welche staatlichen Zwangs-Mittel sollen angewendet werden „zum Schutz gefährdeter Bevölkerungsgruppen in Situationen bewaffneter Gewalt“. So heißt das Kompromisspapier, das der ÖRK bei seiner Zentralaussschußsitzung genau vor einem Jahr, im Februar 2001, in Potsdam zur Diskussion freigab, weil er es nicht zu entscheiden vermochte. Es war zugleich die Eröffnung der Dekade zur Überwindung von Gewalt – parallel zur gleichgerichteten UN-Dekade für eine „Kultur des Friedens“.

Die allzu schnelle einfache Antwort jedenfalls, die Außenminister Joschka Fischer im Jugoslawienkrieg 1999 mit dem Hinweis „Nie wieder Auschwitz“ gab, ist irreführend und gefährlich. Horst Eberhard Richter empörte sich unter Berufung auf seinen befreundeten Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Gießen, Prof. Jakob Altaras: „Nun dieses Versagen (der 68er Politiker-Generation), verschleiert durch mehr oder weniger glänzende Rhetorik, die begründen will, warum das Zerstörungswerk der Hitler-Generation in Serbien ausgerechnet von ihren Nachfahren, noch dazu unter Verweis auf Auschwitz, fortgesetzt werden soll. Aber da melden sich nun alte Holocaust-Überlebende mit einer ganzseitigen Anzeige in der FR zu Wort. Sie protestieren energisch gegen „die neue Auschwitzlüge“. Recht haben sie.“(Wanderer zwischen den Fronten, 2000, S. 332)

Der Generalsekretär des ÖRK, Konrad Raiser, hat im „Jahrbuch Menschenrechte 2002“ (suhrkamp) Stellung bezogen zur Frage „Gewalt überwinden durch Verteidigung der Menschenrechte?“ Darin stellt er sich auch der Frage nach dem Einsatz militärischer Gewalt als „letztem Mittel“ und meint, trotz eines gewissen Verständnisses für antikoloniale Bewegungen, die in den 60 und 70er Jahren auch vor dieser Frage standen, habe die ökumenische Bewegung stets „eine ausdrückliche Legitimierung und Rechtfertigung von Gegengewalt als ‚letztem Mittel‘ bewusst vermieden“. Nun sei nach Ausrufung der Dekade zur Überwindung von Gewalt und den unglaublich perfiden Terror-Anschlägen des 11.September 2001 die Frage in neuer Form aktuell. Aber sie war auch schon gestellt in den Konflikten in Somalia, Bosnien, Ruanda und Kosovo. Die UNO steht vor einem Dilemma: ihre Charta erlaubt kein Eingreifen in die Souveränität eines Staates zum Schutz der Bevölkerung, deren eigene Regierung sie nicht mehr schützt; die Charta verpflichtet sie aber gleichzeitig zur allgemeinen Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte bei allen Mitgliedern. Sie hat in Artikel VI und VII unterschiedliche Wege internationalen Eingreifens vorgeschlagen, die mit einem Mandat des Sicherheitsrates ein Eingreifen unter bestimmten Bedingungen und im Rahmen eines festgelegten Mandates erlauben – schlichtend, kontrollierend, robust eingreifend, usw.

Aber auch in der kirchlichen und „ökumenischen Diskussion ist das Dilemma bislang nicht eindeutig gelöst worden.“ Ich zitiere Raiser (ebd. S. 140f.):

„Für die einen, in der pazifistischen Tradition, hat das Gebot des Gewaltverzichts unbedingte Gültigkeit. Für die anderen steht der Schutz bedrohten menschlichen Lebens im Vordergrund und berechtigt im extremen Fall auch zum Einsatz von Waffengewalt. (... Dieser) bleibt gefangen im moralischen Dilemma, das der Logik der Gewalt inhärent ist.“

Das rechtliche und moralische Dilemma wird insbesondere weiter diskutiert werden in Bezug auf die Unterscheidung militärischer oder „weltpolizeilicher“ Maßnahmen (Präsident Spital, Pax Christi); in Bezug auf die Unterscheidung von Menschenrechtsverletzungen allgemeiner, auch schwerwiegender Art und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“; in Bezug auf die Unterscheidung zwischen (auch militärischen?) Maßnahmen zum Schutz von bedrohten Menschen und Bevölkerungen und militärischen Aktionen im Kriegsfall. Wie schwer gerade dies zu unterscheiden ist und wie schnell und propagandistisch erfolgreich es vermischt wird, hat der Afghanistankrieg gerade gezeigt. Er wurde geführt zur Ergreifung Bin Laden und seiner Helfershelfer; faktisch vertrieb er unter hohen Verlusten in der Zivilbevölkerung (die mittlerweile die Zahl der Toten in New York übersteigt) - die Talibanregierung und errichtete – dann mit Hilfe der UNO - eine neue Regierung, deren Schicksal und Machteinfluss durchaus ungewiss ist.

2. Die fünf Leitbilder für unsere Arbeit als Pazifisten in pax christi

Die öffentliche Diskussion nach dem 11.9. kann man nur als hysterisch bezeichnen; die Anthrax-Hysterie, die man Bin Laden in die Schuhe schob, erwies sich als inneres USA-Problem und wurde später totgeschwiegen. Ich habe das von Anfang an so empfunden und bin froh, mit an dem Vorschlag beteiligt gewesen zu sein, die nächste Friedensdekade im November unter das Jesus-Wort zu stellen „Warum habt Ihr Angst?“ Die deutsche Presse, so bescheinigte ihr Herbert Prantl (Süddeutsche Zeitung) schon am 23.10.2001 in einem Vortrag in Anwesenheit des Bundespräsidenten, versagte auf breiter „Front“:

„Die Zeit seit dem 11. September war und ist im deutschen Journalismus eine Zeit der rhetorischen Mobilisierung, eine Zeit der lüsternen Kriegserwartung und der lüsternen Kriegsbegleitung. Vor zwei Jahren, beim Jugoslawien-Krieg, wurde es noch eher vermieden, vom Krieg zu reden; man sprach von der "Intervention", vom "Einsatz", von der "Friedensmission". Das hat sich unter dem Eindruck des 11. Septembers 2001 grundlegend geändert.

Noch nie seit dem Ende des zweiten Weltkriegs, noch nie in der Geschichte dieses Staates Bundesrepublik ist von den deutschen Medien mit einer so frivolen Geilheit vom Krieg gesprochen und ist ein deutscher Kriegseintritt sozusagen für "unvermeidlich", für "bedauerlich, aber unumgänglich" und zum "Ausdruck unserer Verantwortung" erklärt worden. Noch nie wurde derart unverblümt und auf breiter Front eine Nichtbeteiligung am Krieg als "Anomalie" und also das Dabeisein als normal deklariert. Aus dem Nie-wieder-Krieg der Nachkriegsdeutschlands wurde beinahe ein Nie-wieder-ohne-uns. Wir schreien zwar nicht "Hurra" wie 1914, aber die von der Politik angebotenen Formeln und Phrasen werden fast so "uneingeschränkt" – wie die Losung jetzt heißt - nachgebetet wie damals.

Kritik am Krieg und an der Kriegsführung, Fragen danach, wie lange noch gebombt werden soll und wo die humanitäre Hilfe bleibt werden behandelt, als handele es sich um Widerstand gegen die Staatsgewalt. Wenn die Staatsgewalt das tut ist das ihre Sache, wenn wir dabei fast unisono mitmachen, ist das bedenklich.“

Im Rahmen der Diskussion über „Politischen Pazifismus“, die in den ersten drei Monaten dieses Jahres in der Frankfurter Rundschau stattfand, ausgelöst durch den Übernahmeversuch von Staatsminister Volmer, habe ich die Diskussionen, die mir in pax christi begegneten, in fünf Leitbildern konzentriert. Ich stelle sie nochmals kurz im Wortlauf vor. (Flugblatt verteilen)

3. Die erste Fundamentalkritik aus unserer Bewegung am Leitbild des „Gerechten Friedens“ und meine Entgegnung

Sie kam von Helmut Jaskolski (Bistumsstelle Köln). Ich habe ihn und seine Frau Hanna als engagierte konsequente Gewaltfreie beim Kölner Bistumsstellentreffen kennen gelernt, aber hier gleich einen Dissens festgestellt. Er schrieb mir unter der Überschrift „Politischer Pazifismus. Ein Pax Christi-Mitglied auf der Suche nach dem zeitgerechten Pazifismus“ am 5.3.2002 (ich zitiere auszugsweise):

„Als Pax-Christi-Mitglied interessiert es mich, wie sich „Pax Christi Deutschland“ dazu einstellt. Auf Ludger Volmers Artikel hat Reinhard Voß, unser Generalsekretär, am 16. Januar – ebenfalls in der Frankfurter Rundschau – geantwortet, zugleich mit Wolfgang Gehrcke, dem außenpolitischen Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion. Gehrcke, ganz auf der Linie des „alten Pazifismus“, kritisiert vor allem die Diskrepanz zwischen der Programmatik der Grünen und ihrer mitverantworteten Politik der „uneingeschränkten Solidarität“ mit den USA. Auch Reinhard Voß listet friedenspolitische Defizite der rotgrünen Regierung auf; vor allem ist ihm jedoch daran gelegen, die Vereinnahmung des politischen Pazifismus durch Volmer zurückzuweisen: „Mag er die von ihm vertretene Politik friedenssichernd und -fördernd nennen, aber das Recht, sie pazifistisch zu taufen, muss ihm abgesprochen werden. Pazifismus und Antimilitarismus gehören heute zusammen.“ Er hat aber nichts gegen den Kontakt mit dem Militär in der Nachkriegszeit (Beispiel: Bosnien), kann aber der Meinung Erhard Eplers, der Pazifismus müsse zum Partner des Militärs werden, nicht zustimmen. Man ist gespannt, wie seine Alternativen ausfallen, „die wir als christlich motivierte Pazifisten politisch wichtig finden“. Unter den fünf Leitbildern, die er vorstellt, sind drei, die auch die Grünen in ihr Programm geschrieben haben: Es sind die Leitbilder der gewaltfreien Konfliktbearbeitung (ziviler Friedensdienst, Mediation etc.), der Kultur des Friedens und der Toleranz sowie des Völkerrechts („einen weltweit koordinierten und kodifizierten juristischen Weg der Gewaltkontrolle durch Entwicklung weiterer UN-Instrumente zur Bekämpfung und Bestrafung internationaler Gewalttäter“). Die beiden anderen Leitbilder sind spezifisch christlich, konvergieren in der Sache aber durchaus mit der grünen Programmatik. Das Leitbild des gewaltfreien Jesus, des jesuanischen Friedensstiftens durch gewaltfreien Widerstand hat eine tiefe spirituelle Dimension, die von den wenigsten existenziell eingeholt wird, auch nicht von den Repräsentanten der amtlichen Kirche. Wie wenig sicher die Anerkennung dieses Leitbildes in der Christenheit ist, zeigt schon die Darstellung des zweiten Leitbildes, nämlich des „gerechten Friedens“, wie es im Friedenswort der Deutschen Bischofskonferenz vom Oktober 2000 näher ausgelegt worden ist. Reinhard Voß gibt zu verstehen, dass die christlichen Kirchen unseres Landes jetzt dieses Leitbild stützen, „ohne sich schon alle pazifistisch zu nennen.“ Ich verstehe das so, dass sie sich nicht pazifistisch nennen, weil sie es einfach nicht sind. Man muss noch einen Schritt weiter gehen: Das Leitbild des „gerechten Friedens“ ist in sich zweideutig und weicht vom Leitbild des jesuanischen Friedensstiftens kompromisslerisch ab. Man muss nur genau hinsehen. Da steht geschrieben: „Sie (die christlichen Kirchen) lehnen erstmals seit Jahrhunderten den ‚gerechten Krieg‘ in jeder Form ab und sehen auch die in allerschwersten Fällen zugestandene Anwendung von Gewalt als ‚Ultima Ratio‘ nur noch als ‚Übel‘. Alle Kriege der letzten Jahre für die Menschenrechte halten m.E. diesen Kriterien des gerechten Friedens nicht stand.“ Also: Anwendung von Gewalt wird zugestanden, wenn auch nur in allerschwersten Fällen und nur noch als ‚Übel‘ (doch wohl als hinnehmbares Übel). Wer entscheidet nach welchen Kriterien darüber, was „allerschwerste Fälle“ sind und wie die „Ultima Ratio“ im Verhältnis zu anderen Handlungsoptionen einzustufen ist? Einzig und allein die klassische Lehre vom gerechten Krieg, die ja ihrer Intention nach kein ideologisches Rechtfertigungsinstrument des Krieges, sondern ein kritisches Korrektiv der militärischen Gewaltanwendung ist, stellt solche Kriterien bereit.

Am Ende erweist die von Voß zitierte Formulierung der „vorrangigen Option für Gewaltfreiheit“ sehr deutlich, dass eine Differenz zum Programm der Grünen aufs Ganze gesehen nicht gegeben ist. Die Aufregung um Volmers politischen Pazifismus erweist sich als Sturm im Wasserglas. Sicher muss zugestanden werden: Grüne Programmatik und rotgrüne Regierungspolitik differieren massiv, und das sollte man auch massiv anprangern. Programmatisch können die Grünen als politische Partei nur eines der genannten Leitbilder nicht explizit vertreten: das des gewaltfreien Jesus. Nur ist es so, dass die christlichen Kirchen und die Christen dies zwar können (und Reinhard Voß hat es getan), dass sie das Leitbild de facto aber nicht realisieren, es sei denn verbaliter in der Sonntagspredigt mit allen Vorbehalten des landläufigen Realo-Christentums. Die Bestandsaufnahme des politischen Pazifismus à la Pax Christi fällt für mich also unbefriedigend aus. Er läuft darauf hinaus, den Mitgliedern bei der kommenden Bundestagswahl die Wahl der Grünen zu empfehlen, falls man nicht die bürgerlichen Bedenken überwindet, die PDS zu favorisieren. (Übrigens: Bei denen ist auch schon halbwegs der bellizistische Wurm drin.)

Was tun, wenn man weder Bellizist noch Belli-Pazifist sein will?“

Nun bin ich also unter die Belli-Pazifisten geraten?! Mitnichten. Das möchte ich im nächsten Teil begründen – und zwar indem ich mich kurz ausschließlich auf das zweite Leitbild – des „Gerechten Friedens“ – konzentriere, dessen Bewürwortung mich also verdächtig macht.

Meine Kernantwort lautet: die Kriterien des Gerechten Friedens wie sie im gleichnamigen Katholischen Bischofswort vom September 2000 festgeschrieben wurden, erlauben unter heutigen Bedingungen von Massenvernichtungswaffen und Streu-, Cluster- und anderen schrecklichen Bomben einschliesslich der geplanten „Mini-Nukes“ (welch ein Hohn ist dieses Wort!) – keine Unterscheidung zwischen Zivilbevölkerung und Kombattanten mehr. Das gilt für die westlichen Bomber genau so wie für die Terroristen, die sich in Palästina unter Zivilisten verschanzen, oder für die Guerrilleros, die Geiseln in die Lämpfe hineinziehen, sei es in Kolumbien, im Kaukasus oder auf den Philippinen. Leben wird zur Waffe. Aber ob staatliche Kriege oder Guerillakämpfe und Bürger- oder Bandenkriege – die Unterschiede ebnen sich im Zeitalter der „privatisierten Gewalt“ (Eppler) immer mehr ein: Krieg darf und kann angesichts der weltweit drängenden sozioökonomischen und kulturellen Herausforderungen kein Mittel von Politik mehr sein, hat die ökumenische Bewegung seit dem Zweiten Weltkrieg immer wieder betont. Ja, ich sage sogar: im Zeitalter der Hochtechnologie ist er zynisch („chirurgisch“), im Zeitalter des Internet anachronistisch geworden. Das meine ich mit dem Satz: „Pazifismus und Antimilitarismus gehören heute zusammen.“ (Das war beim Pazifismus durchaus bis Ende der zwanziger Jahre nicht so!)

Wir müssen also als Pazifisten diesen Paradigmenwechsel der Lehre vom Gerechten Krieg aktiv und „offensiv“ nutzen, um diese Lehre durchzusetzen. Sie wird intern stets noch angefochten. Nur Bischof Mixa hat sie konsequent nach dem Jugoslawien- und vor dem Afghanistan-Krieg angewandt.

In den pax christi-Erklärungen seit dem 11.9. haben wir das immer wieder versucht klar zu machen. Im Kapitel des Bischofswortes „zur Problematik bewaffneter Interventionen“ werden folgende Kriterien genannt („Kriterien humanitärer Interventionen“ [diesen Begriff lehne ich ab]; Punkte 153-161):

- Hinreichendes Mandat der UNO (das dennoch auch noch ethisch zu überprüfen ist)
- Minimum an Gewalt
- Zielführend und verhältnismäßig
- Ius in bello (also „nicht gegen Zivilisten“ Krieg führen)
- Notlagen lindern (und nicht vergrößern)
- Mehr als den „status quo ante“ vor der Entscheidung zur militärischen Intervention politisch für erreichbar halten

- Konfliktnachsorge als –vorsorge sehen, also Prävention und „prima ratio“ betreiben!
- Keine Gewöhnung an Gewalt, also Einbindung in ein Konzept der „Verringerung von Konfliktpotentialen“.

Ich sehe nicht, wie ich mit diesen Kriterien einen der Kriege der letzten Jahre befürworten könnte. Die Grünen haben sich auf die Idee der „Ultima ratio“ zu bewegt, während die Kirchen, die sie zur Zähmung des Krieges erfanden, sie allmählich aufgeben. Als Pazifist möchte ich mich genau deshalb nicht vom Leitbild des Gerechten Friedens verabschieden, sondern es im Gegenteil streitend sozusagen zu uns herüber ziehen.

Dazu ein Beispiel von Pax Christi USA. Tom Cordaro, Mitglied des National Council von PC-USA, hat in einem viel beachteten Artikel „The Calculus of Killing the Innocent“ (Die kalkulierte (militärische) Einbeziehung Unschuldiger) am Beispiel des Afghanistan-Einsatzes der USA seinen „Just War brothers and sisters“ dargelegt, dass selbst er, der sich nicht als Radikalpazifist verstehe, angesichts der US-Strategie vom bewussten Töten der Zivilisten dort angewidert sei. Er bringt das Beispiel des Dorfes Qalaye Niazi, wo eben nicht fehlgeleitete Raketen die Bevölkerung vernichtet hätten, sondern die Entscheidung der Militärführung, die eigenen Soldaten zu schonen und statt dessen zu sagen: „Es ist sicherer das Dorf zu bombardieren als Soldaten hinein zu schicken, um QL Quaida- oder Tabilban-Kämpfer zu suchen.“ Und Cordaro folgert: „Die Entscheidung, das Dorf zu bombardieren anstatt Truppen ins Dorf zu schicken war eine freie und bewußte Entscheidung, die unschuldige Frauen, Kinder und Männer dem Tode aussetzte.“ („put at risk“)

Das ist die Ebene und die Art, auf und in der ich mich mit Vertretern des Gerechten Friedens auseinander setzen möchte – als Pazifist. Soviel zum Leitbild 2 und seiner Brisanz für uns. Ich möchte den Pardigmenwechsel wirklich einklagen. Bei Justitia et Pax gelingt dies schon teilweise, etwa bei der klaren Erklärung aus der Woche vor Ostern gegen die US-Pläne, den Irak anzugreifen.

4. Die Fortführung der Leitbilder im Sinne der „Fahrpläne für Visionen“

Zunächst ein Schaubild aus der Diskussion der Friedens- und Entwicklungsdienste mit sehr konkreten Aktionsfeldern.

(Folie AGEH 1997, S. 142:

Entwicklungsdienst und zivile Konfliktbearbeitung: Peacekeeping/Prävention –
Peacemaking/Intervention während der Gewaltausübung – Peacebuilding/Nachsorge)

In einer Arbeitsgruppe „Frieden“ der ökumenischen Netze und Initiativen auf Bundesebene, in der auch Prof. Hoppe, einer der entscheidenden Mentoren des Bischofswortes „Gerechter Friede“ mit arbeitet und die unter der Leitung von Plälat Dieter Grande aus Dresden steht, sind (2002) „Aufgabenfelder“ festgeschrieben worden, die ich jetzt den fünf Leitbildern zuordne.

Aufgabenfelder für Politik, Kirchen und Kirchgemeinden.

LEITBILD 1 „Gewaltfreier Jesus“

Kein Punkt aus der AG; dazu nenne ich u.a.

- Entwicklung einer „jesuanischen Pädagogik“ mit gesellschaftspolitischem Anspruch
- Neu-Durchdenken der Kreuzestheologie, wie es etwa die Herz-Jesu-Gemeinschaft bei Lyon im Sinne konsequenter Gewaltfreiheit tat: „Sacré coeur“ als deren Zeichen!
- Gandhis Jesus-Interpretation bekannter machen, der Europa die Augen öffnete für „den mutigen und tapferen Widerstand voller Weisheit des Jesus von Nazareth“, der kein „passiver Widerständler“ war! (Gandhi in: Harijan, 7.12.1947 – kurz vor seinem Tode)
- Kirchenhistorische Beispiele wie Marin, Franz, de las Casas und die Friedenskirchen neu entdecken und aus der Verniedlichungs- oder Verdrängungs-Ecke heraus holen

LEITBILD 2 „Gerechter Friede“

Kein Punkt aus der AG; dazu habe ich mich geäußert.

LEITBILD 3 „Zivile Konfliktbearbeitung“

- Der Ausbau und die finanzielle Absicherung von zivilen Friedensfachdiensten ist von der Bundesregierung und den Kirchen verstärkt zu fördern.
- Der Einsatz in Friedensfachdiensten ist als Friedensdienst anzuerkennen und durch Bundesgesetz versorgungsrechtlich abzusichern.
- Kirchenleitende Personen und Gremien sollen die ökumenischen Kontakte nutzen und ausweiten, um zur Prävention und gewaltlosen Konfliktbewältigung in Krisengebieten beizutragen.
- Die Kirchen werden aufgefordert, verstärkt Beiträge zu einer zivilen Konfliktbearbeitung zu leisten.
- Die Kirchenleitungen sollen Stipendien für die Ausbildung von Konfliktbearbeitern und Mediatoren gewähren und zivile Konfliktbearbeitung durch deren Einsatz ermöglichen.

Ich füge noch hinzu:

- gewaltfreie Trainings in pax christi, z.B. im Sinne und Rahmen der „Werkstätten für den Frieden“ (Misereor und Katholische Verbände, 2002)
- verstärkte Kooperation von Friedensbewegung und Friedensdiensten (etwa in der AGDF)

LEITBILD 4 „Kultur des Friedens“

- Die Träger der politischen Bildungsarbeit sollen einem übernational verstandenem Gemeinwohl verstärkt Beachtung schenken.
- In ihren Äußerungen zu Konfliktsituationen sollen die Kirchen und ihre Vertreter alle Aussagen vermeiden, die Gewaltanwendung legitimieren können.
- Die ethische Fragwürdigkeit von Waffenproduktion, Waffenhandel und der verbrecherische Gebrauch von Waffen ist durch die Kirchen verstärkt ins öffentliche Bewusstsein zu rufen.
- Die Kirchenleitungen sollen sich beim Gesetzgeber für die Möglichkeit einsetzen, Steueranteile, die der Finanzierung militärischer Aufgaben dienen, aus Gewissensgründen für Friedensdienste und Entwicklungshilfe umzuwidmen.
- Die Kirchenleitungen sollen Partnerschaften für sowie Partnerschaften mit Gemeinden, auch anderer Konfessionen und Religionen, in Krisengebieten auf- und ausbauen.
- Die Kirchenleitungen sollen ihre kirchlichen Einrichtungen zur Abnahme von Produkten des „fairen Handels“ verpflichten.

- Die Kirchenleitungen sollen sich für die Sicherung eines wertorientierten Unterrichtes, zum Beispiel Religions- und Ethikunterricht, an den Schulen zur Vermittlung friedensethischer Normen einsetzen.
- Die Kirchgemeinden sollen sich den Opfern von Gewalt besonders zuwenden, ihnen solidarische Hilfe leisten und mit ihnen nach Wegen suchen, wie sie mit ihren traumatischen Erfahrungen zu leben vermögen.
- Die Kirchgemeinden sollen kostenfrei Räume für Gruppen, die zur Überwindung von Gewalt beitragen, zur Verfügung stellen.

Ich empfehle in diesem Zusammenhang des Weiteren:

- Die Beachtung des im Rahmen der UNO-Dekade zur Gewaltfreiheit veröffentlichte „Manifest 2000“.
- Die Intensivierung der Versöhnungs-, Begegnungs- und Verständigungs-Arbeit, etwa im Rahmen des laufenden pax christi-Projekts „Erinnern für die Zukunft“ (von Renovabis gefördert)
- Die Entwicklung einer Alltagspraxis des „versöhnten Lebens“, in der Konfliktfähigkeit und Versöhnungsbereitschaft zusammen gehören (Ein Hinweis aus den Trainings zur Gewaltfreiheit: etwa im Sinne der Schritte von Marshall Rosenberg: Ich sehe – Ich fühle – Ich brauche – Ich bitte. Es gilt, die hinter den Gefühlen liegenden Interessen und Bedürfnisse zu erkennen und zu artikulieren.)

LEITBILD 5 „Völkerrecht“ bzw. „Juristischer Pazifismus“

- Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass die UN analog Artikel 43 der Charta der Vereinten Nationen Polizeieinheiten bilden kann, die in Situationen des Staatszerfalls und bei der Nachsorge von Konflikten zur Rekonstruktion eines öffentlichen Gewaltmonopols und zum Schutz grundlegender Menschenrechte eingesetzt werden können.
- Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass der UN und regionalen Organisationen, wie zum Beispiel der OSZE, ausreichendes Personal für zivile Konfliktbearbeitung zur Verfügung steht.
- Die Rüstungskontrolle und eine weitere Rüstungsreduzierung sind durch die Bundesregierung zu verstärken. Sie wird aufgefordert, sich für das Verbot aller Massenvernichtungswaffen einzusetzen.
- Für die Waffenproduktion und den Waffenexport, wie auch für den Besitz von Waffen, sind durch die Bundesregierung entsprechende gesetzliche Regelungen im Rahmen der Europäischen Union weiter einzuschränken.

Ich füge hinzu:

- Die UNO-Charta sollte mehr gelesen und der Kontakt zur Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Bonn) mehr gesucht werden.
- Die Kooperation mit „JuristInnen für den Frieden“ könnte weiter führen.
- Seit April 2002 ist durch die Hinterlegung der 60. Ratifizierungsurkunde der Weg frei für den International Criminal Court (Internationaler Strafgerichtshof), der auch Verbrechen wie das vom 9.11. künftig ahnden und Rückwirkungen auf nationales Recht haben wird.
- (Den Zusammenhang zu anderen Kodifizierungen wie Internationales Insolvenzrecht, Klimaabkommen oder Biowaffenkontrolle ist zu sehen; die USA werden auf Dauer nicht außerhalb dieses Regelwerks agieren können.)

5. Das FAZIT:

Es ist Entscheidungszeit – Kairos-Zeit - wie selten zuvor.

Ich ende deshalb mit dem Zitat aus „Global Future“ von 1980, das ich auch in meinem FR-Beitrag unterbringen konnte. Carter gründete danach das Carter-Center für Zivile Konfliktbearbeitung, sein Nachfolger Reagan legte die Empfehlungen weg und rüstete brutal auf.

Wir beginnen wieder dort, wo wir etwa 1980 waren, nur auf viel gefährlicherem und bedrohlichem Niveau, aber auch international gewachsen im Rahmen des Völkerrechts und der NGO-Bewegung; konkret mit dem **Vorschlag von pax christi zur dreifachen Selbstverpflichtung von Gruppen im Rahmen der Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt:**

- **Für eine Stärkung und Reform der UNO**
- **Für eine konkrete Alphabetisierung in Gewaltfreiheit**
- **Für die Förderung eines konkreten Gerechtigkeits- und Friedensprojektes**

Wann, wenn nicht jetzt, ist Kairos-Zeit, Zeit für einen aktiven, politischen, aufgeklärten Pazifismus!